

Die neue Initiative kommt

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **1 (1979)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-585948>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die neue Initiative kommt

Endlich ist nun vor einigen Wochen die angekündigte Broschüre mit den verschiedenen Initiativvorschlägen erschienen. Sie kann zu Fr. 2.-- bei der SES bezogen werden. Die Einleitung des 36-seitigen Heftes erläutert genauer, worum es geht.

Wie man auch immer den Erfolg der Atomschutzinitiative beurteilen mag, sicher ist, dass sie nicht nur im Kampf gegen Atomkraftwerke, sondern auch in Bezug auf ein Umdenken in der Energiepolitik einen Markstein gesetzt hat. Unsere Stärke und die weite Verbreitung unserer Bedenken gegen den eingeschlagenen Weg sind deutlich zum Ausdruck gekommen. Trotzdem ist das Problem "Atomenergie" mit all seinen Aspekten nach wie vor nicht gelöst. Die zunehmende Zentralisierung der Energieversorgung, die Energieproduktion durch grosstechnologische Anlagen und das krampfhafteste Festhalten am weiteren Wirtschafts- und Energiewachstum verhindern eine dezentrale, auf inländischen, regenerierbaren Energiequellen beruhende und damit sichere Versorgung des Landes.

Die Untersuchungen der Abstimmungsresultate durch die schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung haben ergeben, dass nicht nur 49%, sondern 60% der Stimmenden der Meinung sind, ein weiterer Ausbau

der Atomkraftwerke sei nicht zu verantworten. Die neuesten Umfragen haben sogar gezeigt, dass nur noch 12% der Bevölkerung eine forcierte Entwicklung der Atomenergie befürworten. Diese Meinungen haben bis heute keinen Niederschlag in der schweizerischen Gesetzgebung gefunden, obwohl eine Mehrheit sie teilt. Die Wahrscheinlichkeit, dass in der Energiefrage gegen den Willen der Mehrheit gehandelt wird, ist deshalb gross.

Nach dem Unfall von Harrisburg ist der Kampf gegen Atomkraftwerke noch dringlicher geworden. Harrisburg kann sich jederzeit - auch bei uns - wieder ereignen. Wir dürfen deshalb den nuklearen Ausbauplänen nicht tatenlos zusehen.

Bezüglich der Energiepolitik ist der Fahrplan festgelegt: Bis 1983 muss das Atomgesetz total revidiert werden. Auf diese Gesetzesänderung müssen wir Einfluss nehmen.

Der Bund trifft Vorbereitungen,



einen Energieartikel in die Verfassung aufzunehmen, der dem Zentralstaat weitreichende energiepolitische Kompetenzen gibt. Soll auch dies ganz ohne unseren Einfluss geschehen? Ist es nicht unsere Pflicht, unsere energiepolitischen Vorstellungen zu formulieren und mit einer Initiative den nötigen Druck auszuüben, damit nicht nur Verbände, Parteien und Konzerne ihre Interessen wahrnehmen?

Sicher, eine Initiative ist nicht das einzige Mittel, diesen wichtigen Kampf zu führen. Aber es ist immerhin ein Kampfmittel, welches alle zwingt, Farbe zu bekennen.

Die vorliegende Broschüre ist das Resultat intensiver Diskussionen von AKW-Gegnern und Umweltschutzorganisationen. Wie das Bücklein aufzeigt, gibt es verschiedene Möglichkeiten einer neuen Initiative. Es geht uns in erster Linie darum, eine breite Diskussion über die inhaltlichen Stossrichtungen auszulösen. Wir hoffen, dass in den Gruppen und Organisationen durch Podiumsgespräche, Veranstaltungen und Diskussionen diese wichtige Frage im Gespräch mit der Bevölkerung geklärt wird. Wir glauben, dass dadurch eine neue Initiative von einem breiten Konsens getragen wird. Wir wollen verhindern, dass die Diskussion um die Unterstützung erst nach der Lancierung einsetzt.

Wir fordern alle an der Energie- und Atomfrage Interessierten auf, sich schriftlich an dieser "Vernehmlassung" zu beteiligen, den Fragebogen an die Adresse auf dem Deckel der Broschüre einzusenden.

Wir sind uns bewusst, dass man für die abschliessende Meinungsfindung nicht einfach alle Antworten numerisch auswerten kann. Immerhin erwarten wir wichtige Hinweise und Anhaltspunkte darü-

ber, welche der vielen Möglichkeiten die beste Aussicht hat, von der ganzen Bewegung, den Umweltschutzorganisationen und der Bevölkerung unterstützt zu werden.

GBH SETZT ARBEITSGRUPPE EIN

Fortsetzung von Seite 3

Zeichner befassen sich schon seit längerer Zeit mit Fragen der Energieentwicklung und haben zuhanden des Gewerkschaftskongresses im Oktober einen Antrag formuliert, der die Gewerkschaftsführung beauftragt, ein detailliertes Konzept zur Förderung des energiesparenden Bauens auszuarbeiten. Der Antrag ist angenommen worden.

Anlass zur vorzeitigen Einsetzung einer Arbeitsgruppe gab die Meldung des Schweiz. Ingenieur- und Architektenvereins (SIA), die SIA-Norm für Wärmeisolation im Hochbau vorläufig nicht zu verschärfen. Als Reaktion auf diese zögernde Politik des SIA hatte die Gewerkschaft Bau und Holz eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie den SIA aufforderte, angesichts der sich zuspitzenden Energiesituation noch einmal auf diesen Entscheidun-

rückzukommen. Die Arbeitsgruppe will nun die Frage der Normen im Sektor Wärmedämmung selber eingehend studieren.

Darüber hinaus soll von der Arbeitsgruppe in Zusammenhang mit dem erwähnten Kongressantrag ein Forderungskatalog erstellt werden, welcher neben der Verbesserung von Isolationen und der Integrierung von Isolationsvorschriften in Baugesetz und Bauordnung vor allem die staatliche Förderung von nichtnuklearen und umweltfreundlichen Energiequellen, die Subventionierung sowie die Gewährung zinsgünstiger Kredite für energiegerechtes Bauen beinhalten soll. Aber auch die Förderung von Baumaterialien, die wenig Energie für ihre Herstellung benötigen, soll in den Forderungskatalog aufgenommen werden. Die technischen Angestellten in der Gewerkschaft Bau und Holz versprechen sich von den Ergebnissen ihrer Arbeit einen Beitrag

zur Lösung der Energieproblematik und zur Bewusstseinsbildung bei den Baufachleuten in den eigenen Reihen. H.B.

«Bau und Holz» gegen weitere A-Werke

Die mit über 112 000 Mitgliedern zweitstärkste schweizerische Gewerkschaft "Bau und Holz" (GBH) lehnt den Bau weiterer Atomkraftwerke nach Leibstadt entschieden ab. Einem entsprechenden Vorstoss wurde am letzten ordentlichen GBH-Kongress (11. - 14.10.79) von keiner Seite opponiert.

"Die GBH unterstützt alle Bestrebungen zur Verhinderung weiterer Atomkraftwerke, einschliesslich Graben, Kaiseraugst, Verbois, Rütli und Inwil, zur Verhinderung des Baus von Atomülldeponien gegen den Widerstand der Betroffenen Bevölkerung", heisst es unter anderem in diesem ohne Gegenstimme verabschiedeten Antrag. hb.